

Rezension zu:

OBERMANN, ANDREAS / BAUER, DANIEL (Hg.):

Auf wessen Seite steht Gott? Zur Aktualität der Barmer Theologischen Erklärung am Berufskolleg angesichts gegenwärtiger Instrumentalisierungen von Religion, Münster: Waxmann 2024 (Glaube – Wertebildung – Interreligiosität 34).

Die Autorin

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sabine Pemsel-Maier, Institut der Theologien, Abteilung Katholische Theologie an der Pädagogischen Hochschule Freiburg i. Br.; Professur für Dogmatik und ihre Didaktik.

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sabine Pemsel-Maier
Pädagogische Hochschule Freiburg
Kunzenweg 21
D-79117 Freiburg im Breisgau
ORCID: <https://orcid.org/0000-0001-8496-2650>
e-mail: pemsel-maier@ph-freiburg.de



Der etwas umständlich wirkende und zugleich präzisierende Untertitel des Sammelbandes, aus einer Jahrestagung des Instituts für berufsorientierte Religionspädagogik erwachsen, ist dem Berufsschul-Kontext (genauer: den Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen) geschuldet, der den Hintergrund und Anlass für dieses Buch abgibt. Es greift eine grundsätzliche Frage auf, um die die einzelnen Beiträge mit unterschiedlicher inhaltlicher (theologischer, juristischer, staatskirchenrechtlicher, historischer, politischer und religionspädagogischer) Ausrichtung kreisen: die Frage nach einer theologisch und gesellschaftlich angemessenen Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Religion bzw. staatlicher und kirchlicher Macht. Nicht um die Barmer Erklärung (die eigens abgedruckt ist) geht es in erster Linie, die 1934 von der Bekennenden Kirche als theologische Antwort auf die zunehmende Gleichschaltung der Kirche im NS-Regime verfasst wurde und die als Schlüsseldokument des kirchlichen Widerstands gegen totalitäre Ideologien gelten kann. Vielmehr bietet sie, insbesondere mit ihrer fünften These, die Folie – keine Musterlösung, aber den Rahmen und eine Kriteriologie –, um aktuelle interreligiöse, aber auch innerreligiöse Konflikte zu bearbeiten und angesichts von Verzweckungsversuchen von Religion die Unabhängigkeit von Kirche und Religion herauszustellen. Denn ihr Grundtenor ist eindeutig: Das Politische gehört in den Verantwortungsbereich des Staates, während Wesen und Auftrag der Kirche ein spezifisch theologischer und kein genuin politischer ist. Jegliche Instrumentalisierung von Religion zu staatlichen respektive politischen Zwecken verbietet sich damit.

Instrumentalisierung von Religion und Religionen ist keineswegs nur ein Thema in beruflichen Schulen. Sie wird in diesem Kontext jedoch zu einer besonderen Herausforderung, weil hier weitaus mehr Schüler*innen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit als in anderen Bildungskontexten aufeinandertreffen und weil Religionsunterricht üblicherweise im Klassenverband erteilt wird. Zudem werden vielfältige Konflikte von außen durch die Betriebe in die Klassen hineingetragen.

In seiner Einführung gewährt Andreas Obermann aufschlussreiche Einblicke in die berufsschulische Wirklichkeit und skizziert verschiedene Bereiche, die regelmäßig zu Spannungen führen. Axel Fuhrmann, Geschäftsführer der Düsseldorfer Handwerkskammer, führt diese Linie auf der Grundlage seiner Erfahrungen weiter und weist darauf hin, dass Teamarbeit im Betrieb nur gelingen kann, wenn solche Konflikte konstruktiv angegangen werden. Als Beispiele werden in den beiden - und auch in weiteren - Beiträgen genannt: Diskussionen ums Kopftuch, um Essen (z. B. Schweinefleisch in Frikadellen) und Trinken (von Alkohol), um Feiertage und Fasten, aber auch die religiöse Inanspruchnahme der israelischen

Siedlungspolitik sowie ethnische und innerislamische Konflikte, bei denen alle beteiligten Akteur*innen der Überzeugung sind, dass sie „im Recht“ sind.

Die folgenden Beiträge des ersten Teils sind von grundsätzlicher Art, denn sie stellen alle mithilfe eines historischen Zugriffs und doch auf jeweils andere Weise das Verhältnis von Staat und Religion aus der Sicht der Heiligen Schriften von Judentum (Daniel Katz), Christentum (Martin Karrer) und Islam (Hamideh Mohagheghi) dar. Der Beitrag zum Judentum versucht einen Durchgang durch die 4000jährige Geschichte Israels und zeigt anhand von verschiedenen Beispielen, wie sich die Vorstellung vom Staat jeweils verändert hat. Die christliche Perspektive zum Verhältnis von Staat und Religion im Neuen Testament bietet einen sehr guten Überblick mit einer prägnanten Zusammenfassung am Schluss, ist allerdings ausschließlich aus evangelischer Perspektive verfasst. Das ist insofern legitim, als mit der Barmer Erklärung ein evangelischer Bezugspunkt gegeben ist, doch eine ökumenische sollte auch im Titel kenntlich gemacht werden. Lesenswert und differenziert ist auch die Darstellung des Verhältnisses von Staat und Religion in islamischen Schriften, die unter anderem Begriff und Bedeutung der Scharia klärt.

Im zweiten stärker juristisch und politisch perspektivierten Teil entfaltet zunächst Christian Hillgruber ausgehend von der Barmer Erklärung die staatskirchenrechtliche Positionierung des Religionsunterrichts in Deutschland zwischen staatlicher Schulaufsicht und inhaltlichem Bestimmungsrecht der Kirchen. Er zeigt, dass die im Grundgesetz festgeschriebene Trennung von Staat und Kirche nicht nur eine Kooperation keineswegs ausschließt, sondern Freiraum für eine aktive Betätigung auf weltanschaulich-religiösem Gebiet eröffnet, einen Freiraum, den der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in der staatlichen Veranstaltung „Schule“ eröffnet. Die beiden anderen Aufsätze bieten aktuelle und für den Berufsschulkontext zugleich hochbrisante Beispiele für eine politische Indienstnahme von Religion: Magnus Obermann nimmt die staatliche Verflechtung der Russisch-Orthodoxen Kirche samt ihren internationalen Konsequenzen in den Blick, die die Spannungen zwischen russischen und ukrainischen Schüler*innen noch verstärkt. Bernd Ridwan Bauknecht deckt die Einflüsse der türkischen DITIB auf den deutschen Islam auf. Der dritte Teil befragt explizit die fünfte These der Barmer Theologischen Erklärung auf ihr religionspädagogisches Potential für religiöse Bildung: In Bezugnahme auf Jürgen Habermas entfaltet Daniel Bauer die Bedeutung der Barmer Erklärung unter bildungstheoretischen Gesichtspunkten sowohl für die gegenwärtige religionsplurale als auch für die gegenwärtige postsäkulare Gesellschaft und plädiert dafür, ein „religionsbezogenes Perspekti-

venbewusstsein“ (S. 159) in den Religionsunterricht an beruflichen Schulen zu integrieren. Anders setzt Andreas Obermann an, wenn er das Prinzip der Religionsfreiheit als konstitutive Bedingung von und für Religionsunterricht in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt. Am Ende dieses Teils führt Barbara Herfurth-Schlömer ein in eine Ausstellung, die die Barmer Erklärung anlässlich ihres 90jährigen Jubiläums als „gelebte Reformation“ präsentiert.

Dem Sinn nach eine Zusammenfassung ist der abschließende Beitrag von Andreas Obermann, in dem er die Barmer Theologische Erklärung als Modell einer Verhältnisbestimmung von Staat und Religion(en) charakterisiert, die auf wechselseitiger Aufgabenzuordnung mit unterschiedlichen Verantwortungsbereichen angelegt ist. Mit Hilfe dieser Verhältnisbestimmung – so seine These – können im Berufsschulkontext, aber auch in Betrieben, religiös aufgeladene Konflikte konstruktiv bearbeitet werden.

Konkrete Beispiele solcher Bearbeitung hätte sich die Rezensentin noch mehr gewünscht; manche dichte theoriegesättigten Passagen hätten dadurch an Anschaulichkeit gewonnen. Umgekehrt hätten manche Redundanzen – fast jeder Beitrag referiert Inhalt und Relevanz der Barmer Erklärung – vermieden werden können. Nichtsdestotrotz bietet der Band aufschlussreiche Einblicke in die berufsschulische Wirklichkeit, die nach wie vor innerhalb der Religionspädagogik eher am Rand wahrgenommen wird, obwohl sie wie keine andere Schulart unmittelbares Spiegelbild unserer multireligiösen Gesellschaft ist. Zugleich adressieren die Beiträge keineswegs nur (angehende) Lehrkräfte und Forschende aus dem Berufsschulbereich, auch nicht nur evangelische, wie möglicherweise durch den Buchtitel insinuiert werden könnte. Denn das unter verschiedenen Perspektiven erörterte Verhältnis von Staat und Religion eröffnet eine Grundsatzfrage, die alle Christ*innen aller Konfessionen, unabhängig von der Barmer Erklärung, angeht.